

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWÖLFTES JAHR  
APRIL 1961

4

HARTMUT ZIMMERMANN

## Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme

Ein Diskussionsbeitrag zur Frage der Anwendbarkeit des Totalitarismusbegriffs

### I

Die Problematik des Totalitarismusbegriffs selbst wie auch die der kritischen wissenschaftlichen Beschäftigung mit ihm ist vor allem darin zu sehen, daß er aus der politischen Auseinandersetzung geboren wurde und bis heute Bestandteil politischer Polemik geblieben ist. Sein gleichzeitiger Gebrauch in der Wissenschaft machte ihn für den politischen Tageskampf nur um so geeigneter, erhielt er doch so die Weihe der Wissenschaftlichkeit.

Nun ist ein polemisch belasteter Begriff nicht notwendig für die Wissenschaft unbrauchbar. Gerade die Politische Wissenschaft wird sich immer wieder vor die Aufgabe gestellt sehen, mit solchen Begriffen zu arbeiten, allerdings nachdem sie sie kritisch durchleuchtet hat. So ist die „Bewährung“ der Vokabel Totalitarismus als meinungsbildenden Mittels noch kein Beweis, daß der mit dieser Vokabel belegte Tatbestand mit ihr im Sinne der Politischen Wissenschaft zureichend umschrieben ist. Die kritische Reflektion wird es in Fällen, in denen sie es mit so grundlegenden Vorstellungen in der politischen Auseinandersetzung zu tun hat wie hier mit dem Totalitarismusbegriff, besonders schwer haben. Ihr wird im Falle des Verwerfens eines solchen Begriffs nur zu schnell unterstellt, daß sie damit auch eine möglicherweise durchaus berechtigte politische oder moralische Position aufgibt. Die Wissenschaft kann aber nicht in ihren Ergebnissen und in ihrer Begriffsbildung nach der jeweiligen politischen Nützlichkeit oder Schädlichkeit fragen. Ihr kommt es vielmehr darauf an, einen bestimmten Tatbestand mit Hilfe ihrer Begriffe auf das zutreffendste zu beschreiben; dabei unterstellt sie aber, daß eine möglichst exakte Kenntnis auch die Voraussetzung für das den jeweiligen Umständen am besten entsprechende, in unserem Falle politische Handeln darstellt.

Sicher stellt die jeweilige politische und soziale Lage der Politischen Wissenschaft bestimmte Aufgaben oder legt ihr zumindest die Untersuchung bestimmter Phänomene nahe. Das Ergebnis wissenschaftlichen Forschens sollte allerdings von Erwägungen oft nur sehr oberflächlicher politischer Opportunität frei sein. Im idealen Fall wird es —

und hier liegt die besondere Verantwortung der Politischen Wissenschaft — die Voraussetzungen des jeweiligen politischen Handelns bestätigen oder korrigieren.

Eine solche Vorbemerkung scheint bei einem so fundamentalen Begriff, wie es der des Totalitarismus und die weiteren von ihm abgeleiteten Begriffe in der heutigen Ost-West-Auseinandersetzung sind, durchaus notwendig, obwohl sie im Grunde nur Selbstverständliches wiederholt.

Die einzelnen hier vorgetragenen Gedanken haben hypothetischen Charakter. Wichtiger als die einzelnen Ergebnisse ist die durch sie markierte Richtung, in die sich die Forschung orientieren sollte. Ziel der Kritik an dem bisher üblichen Begriff des Totalitarismus und seiner Unterbegriffe ist es nicht so sehr, neue an ihre Stelle zu setzen, als vielmehr der Forschung eine neue Perspektive zu geben. Es geht darum, das starre, im Grunde unhistorische Systemdenken durch ein *dynamisches*, auf den politischen und sozialen Prozeß in bolschewistischen Systemen abgestelltes analytisches Vorgehen zu ersetzen. Dafür erscheint es nicht notwendig, alle Momente, die zu dem Modell totalitärer Herrschaft bisher zusammengetragen worden sind, einer Kritik zu unterwerfen. Es soll genügen, wenn an einigen für das Wesen des Totalitarismus erheblichen Punkten die Schwierigkeiten aufgezeigt werden, die sich bei der Arbeit mit dem bisherigen Kategoriensystem ergeben <sup>1)</sup>.

## II

Das Wesen „totalitärer Herrschaft“ wird vor allem darin gesehen, daß es sich bei ihr um ein Unrechts-, ja Terrorsystem handelt, das danach trachtet, sich alle sozialen Bereiche zu unterwerfen, und jeder gesellschaftlichen Spontaneität prinzipiell feindlich gegenübersteht. Dabei wird die einem solchen Herrschaftssystem unterworfenen Gesellschaft im Sinne der totalitären Ideologie manipuliert, wobei dieser Manipulationsprozeß niemals zur Ruhe kommen darf, soll die Existenz des Gesamtsystems nicht infrage gestellt werden. Der Herrschaftszweck ist im wesentlichen Selbstzweck, d. h. er besteht in der Erhaltung und Sicherung des Herrschaftssystems.

Ein totalitäres System lebt also in einem ständigen Ausnahmezustand. Der Grundwiderspruch zwischen Zwangssystem und unterdrückter Spontaneität stellt ständig diese künstliche Ordnung in Frage. Totalitäre Herrschaft bedarf immer neuer Formen des Zwangs, insbesondere in der Form der Organisation. Damit versucht sie, das Austragen des Grundwiderspruchs hinauszuschieben. Seine friedliche Lösung scheint fast, wenn nicht gänzlich ausgeschlossen. Es gibt der Theorie nach keine Reform eines solchen Systems, sondern nur seinen Untergang.

Die Frage nach der technisch-zivilisatorischen, kulturellen Leistungsfähigkeit einer so „verwalteten“ oder „vergewaltigten“ Gesellschaft wird von den totalitären Gewalthabern nur insoweit gestellt, als sie von Belang für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft ist.

Die Maßstäbe, um soziale und politische Vorgänge in einer totalitären Ordnung zu messen, entnimmt die Totalitarismusforschung in der Regel den Wert- und Ordnungsvorstellungen der liberalen kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsverfassung. Dadurch wird totalitäre Ordnung bereits vom Untersuchungsansatz her Gegenbild der „westlichen“ Gesellschaftsformation, und diese wiederum erscheint als die einzig mögliche Alternative.

1) Dieser Aufsatz ist meinem hochverehrten Lehrer Professor Otto Stammer, Berlin, anlässlich seines 60. Geburtstages gewidmet.

Die nachstehenden Überlegungen knüpfen an die von Peter Christian Ludz in seiner Arbeit „Das Sowjetsystem als Gegenstand der Wissenschaft von der Politik“ gemachten Ausführungen an; Peter Christian Ludz: Das Sowjetsystem als Gegenstand der Wissenschaft von der Politik. Bericht, vorgelegt der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft in Tutzing am 1./2. März 1960, Berlin 1960 (hektogr.). Dieser Bericht erscheint in überarbeiteter Form in nächster Zeit in Politische Vierteljahresschrift, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft.

## ANALYSE BOLSCHEWISTISCHER GESELLSCHAFTSSYSTEME

Im Hintergrund eines solchen Verfahrens steht die Annahme, daß es sich bei den in den westlichen Industriegesellschaften entwickelten sozialen und politischen Formen menschlichen Zusammenlebens gleichsam um die „natürliche“ Ordnung handelt, auf die jeder gesellschaftliche Prozeß hinsteuert, ließe man den Individuen nur die Freiheit der Wahl.

Eine solche Betrachtungsweise sieht in den Friktionen und Engpässen einer bolschewistischen Gesellschaft immer nur den „ungebrochenen Freiheitswillen“ der Bevölkerung und die Unmöglichkeit einer dauernden Existenz eines solchen Systems.

Jede Änderung im Herrschaftsgefüge erscheint als „Liberalisierung“ oder als Verschärfung des „Terrors“. Jedenfalls ist sie immer ein Zeichen der Schwäche, des nahen Zusammenbruchs. Das Klassenschema, ursprünglich am Beispiel der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt, allerdings zur Erklärung der in dieser heute verlaufenden sozialen Prozesse weitgehend abgelehnt, wird für eine bolschewistische Gesellschaft als erklärendes Moment durchaus herangezogen.

Zwar wird das Resultat der gesellschaftlichen Umwälzungen in einem bolschewistischen System zur Kenntnis genommen, aber die Frage, inwieweit die so entstandene neue Gesellschaft auch neue Entwicklungstendenzen hervorgebracht hat, die mit den Kategorien einer anderen gesellschaftlichen Ordnung, als deren Antithese sie erscheint und fixiert wird, nicht ausreichend zu beschreiben sind, wird gerade in der explizit sich so bezeichnenden Totalitarismusforschung kaum gestellt. Vielmehr erweckt sie den Eindruck, daß die gesellschaftliche Revolution umkehrbar und eine Entwicklung zu einer Gesellschaft „westlichen Typus“ durchaus möglich ist, wenn das Herrschaftssystem, das eine solche Entwicklung blockiert, nur erst einmal verschwunden ist.

Die zur Analyse und Beurteilung bolschewistischer Systeme verwandten Kategorien entstammen darüber hinaus weitgehend einem sehr ideal aufgefaßten Typus westlicher Gesellschaftsordnung. Die Antwort auf die Frage: „was Demokratie heute in einer westlichen Industriegesellschaft eigentlich ist“, wäre ohne eine eingehende Analyse kaum zu geben. Man behilft sich statt dessen damit, an den Wert- und Ordnungsvorstellungen der ursprünglichen Konzeption des bürgerlichen parlamentarischen Rechtsstaates gewissermaßen „Abschreibungen“ vorzunehmen, diese Vorstellungen zu relativieren und durch eine Uminterpretation an die neuen Verhältnisse der Massengesellschaft anzupassen. Ob hierdurch wirklich eine überzeugende Beschreibung erreicht wird, muß fraglich bleiben.

So scheint die Formulierung, wie sie *Alexander Rüstow* gebraucht, zur Kennzeichnung der fehlenden Selbstanalyse unserer eigenen Gesellschaft zumindest nicht untypisch zu sein:

*„Freiheit ist das, was die jenseits des Eisernen Vorhangs nicht haben und was wir diesseits des Eisernen Vorhangs, bei allen Unvollkommenheiten im einzelnen, haben. Das genügt für unsere Zwecke. Wir wissen alle sehr genau, was damit gemeint ist“*<sup>2)</sup>.

Bei aller Zustimmung, die solcher Haltung zu zollen ist, muß man doch anmerken, daß es gerade darauf ankommt, zu zeigen, was denn nun heute eigentlich Freiheit und Unfreiheit konkret ausmacht.

Nur zu leicht führt eine solche Relativierung, bei fehlender inhaltlicher Präzisierung und fehlender Fixierung des historischen Ortes, in ein anderes Extrem. Es liegt nämlich nahe zu fragen, ob das kapitalistische und das bolschewistische Gesellschaftssystem auf der Grundlage einer grundsätzlich gleichen oder fast gleichen technisch-zivilisatorischen Entwicklungsstufe nicht doch zu einer im Wesen gleichen Form der Industriegesellschaft tendieren. Die Verführung, die in einer solchen vorschnellen Übernahme eines Überbegriffs „Industriegesellschaft“ liegt, sollte nicht unterschätzt werden. Zu leicht werden

2) Alexander Rüstow: Menschenrechte oder Menschenpflichten? in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 149, 29. 6. 1960, S. 9.

dabei grundsätzliche Unterschiede, die weit gravierender als durchaus auffindliche Gemeinsamkeiten sein können, verwischt. *Raymond Aron* hat das wie folgt formuliert:

*„Seit Jahren habe ich eine Lanze zugunsten des Konzepts der Industriegesellschaft (société industrielle) gebrochen, und ich bin nicht geneigt, heute darauf zu verzichten. Aber es gibt einen dogmatischen Gebrauch dieses Konzepts, den ich ablehne, wie ich andererseits seinen kritischen Gebrauch oder seine Anwendung bei Untersuchungen billige. Alle modernen Gesellschaften befinden sich in einem unumkehrbaren und unwiderstehlichen Prozeß der Industrialisierung (industrialisation). Die gemeinsamen Züge der Produktionsweise müssen auch gewisse Angleichungen der Lebensweisen mit sich bringen. Aber so wie es unstatthaft wäre, die Ähnlichkeiten zu leugnen, würde nur ein vulgärer Marxismus zu der Behauptung berechtigen, daß die Ähnlichkeiten sich verstärken oder daß die Unterschiede sekundär sind. Es kann durchaus sein, daß das, was die westliche Gesellschaft von der sowjetischen unterscheidet, sehr viel wichtiger ist, als das, in dem sie sich ähneln“<sup>3)</sup>.*

### III

Der Begriff des Totalitarismus und der totalitären Herrschaft ist entstanden in der Auseinandersetzung mit den Erscheinungen des Faschismus und später des Nationalsozialismus. Zum ersten Mal ist, soweit mir bekannt, von „Totalitarismus“ 1928 im „Referat über den Faschismus“ der italienischen Delegation auf dem III. Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel die Rede gewesen<sup>4)</sup>. Mit diesem Wort sollte der Totalitätsanspruch des faschistischen Staates gekennzeichnet werden, mit dessen Verwirklichung das freie Austragen der Interessengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft unterbunden wurde. Auf diese Weise verhinderte der Faschismus die Lösung der innergesellschaftlichen Widersprüche, wie immer eine solche Lösung im Ergebnis auch ausgesehen hätte. Der Begriff Totalitarismus beschrieb also damals eine Form der Diktatur, in deren „starres politisches Schema, der „vitale Entwicklungsprozeß der sozialen Wirklichkeit“ eingezwängt oder sogar zum Stehen gebracht worden war.

Wenn der Begriff auch erst später zu einem wirklichen Modell einer politischen Herrschaftsordnung ausgeformt worden ist, enthielt er doch bereits bei seiner Entstehung zwei Momente, die festgehalten zu werden verdienen. Das eine ist das der Diktatur, der Aufhebung des Rechtsstaates, des Terrors. Das andere gleich gewichtige besagt, daß der Totalitarismus geboren wird aus der Krise der kapitalistischen Gesellschaft, allerdings nicht, um diese zu lösen, sondern um die Gegensätze eben durch Anwendung des Terrors einzufrieren. Die faschistische „Revolution“ ist also keine Revolution im Sinne eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandels; sie sucht nicht an die Stelle der kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich Neues zu setzen. Zumindest in ihrer ersten Phase ist sie im Gegenteil die Konservierung der kapitalistischen Gesellschaft, die mit der Lösung ihrer Klassen- und Krisenprobleme auf dem Wege des demokratischen sozialen und politischen Prozesses nicht fertig wurde.

Soweit der Faschismus überhaupt Leitbilder für eine neue gesellschaftliche Ordnung aufstellte, die über reine Deklamationen hinausgingen, fällt auf, daß sich diese im Widerspruch zu den Erfordernissen moderner, auf einen Höchststand technisch-zivilisatorischer Entwicklung hinzielender Gesellschaft befinden. Irrationalität, Willkür und Orientierung an vorkapitalistischen Leitbildern sind Bestandteile faschistischer Ideologie und Praxis. Hand in Hand damit geht ein weitgehendes und meist nicht einmal als ein Versäumnis empfundenes Unverständnis für die Kompliziertheit modernen Produ-

3) Raymond Aron: Sociologie allemande sans idéologie? in: *Archives Européennes de Sociologie* Tome I, Nr. 1/1960. S. 171 f.

4) Referat über den Faschismus. Erstattet von der Italienischen Delegation auf dem III. Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Brüssel 1928, S. 3.

## ANALYSE BOLSCHEWISTISCHER GESELLSCHAFTSSYSTEME

zierens und Wirtschaften. Gerade dadurch gerät der Faschismus bald in einen Gegensatz zu der im wesentlichen erhalten gebliebenen kapitalistischen Grundstruktur der Gesellschaft, die zu retten er ursprünglich gekommen war. Da diese innenpolitische Praxis, der Terror, auf die Dauer keine Antwort auf die Grundfragen gesellschaftlicher Existenz sein konnte, lag eine Flucht in das außenpolitische Abenteuer nahe. Daß sich die deutsche Spielart des Faschismus, der Nationalsozialismus, nur in der größeren Folgerichtigkeit und Brutalität, nicht aber in seinem Wesen von seinem schwächlichen älteren italienischen Bruder unterschied, sei hier unterstellt.

Ein aus diesen Erfahrungen entwickeltes Modell totalitärer Herrschaft konnte mit Recht die These des bereits im System angelegten notwendigen Zusammenbruchs aufstellen, aus dem sich die bürgerliche Gesellschaft erneut entwickeln kann. Die Erfahrungen nach 1945 haben bewiesen, daß die sich beim Neuaufbau einer kapitalistischen Ordnung nach dem Zusammenbruch eines faschistischen bzw. nazistischen Herrschaftstums ergebenden Schwierigkeiten kaum aus den gesellschaftspolitischen Eingriffen des Faschismus bzw. Nazismus resultieren, sondern weitgehend Folgen der Kriegszerstörungen und Eingriffe der Besatzungsmächte waren oder, wie in Italien, Folgen einer verlangsamten kapitalistischen Industrialisierung.

Sowohl das Vorhandensein eines letztlich notwendig zur innen- oder außenpolitischen Katastrophe führenden Widerspruchs zwischen Herrschaftssystem und den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, wie auch die Möglichkeit der Wiederanknüpfung an die vortotalitäre kapitalistische Ordnung — zwei Momente also, die oben als implizit zum Totalitarismusbegriff gehörig bezeichnet worden waren —, haben sich im Falle des faschistischen wie auch des nazistischen Systems bewährt.

Die inneren Widersprüche, an denen diese Systeme kranken, waren annähernd zutreffend mit den aus der bürgerlichen Demokratie gewonnenen Kategorien zu beschreiben. Die gesellschaftlichen Grundstrukturen wiesen trotz der Pervertierung der politischen Form in entscheidenden Punkten Gleichheiten auf.

### IV

Als nach der Zerschlagung des Faschismus und Nationalsozialismus der Riß in der Kriegskoalition sichtbar wurde, der das notwendige Ergebnis der Verbindung zweier so unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme war, wurde die zeitweilige unkritische Begeisterung für die Sowjetunion, etwa in Amerika, durch die gegenteilige Haltung abgelöst. Es lag nahe, die mannigfaltigen Ähnlichkeiten im Herrschaftsaufbau, die zugegebenermaßen zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus bestehen, unter einem gemeinsamen Überbegriff totalitärer Herrschaft zu subsumieren.

Im weiteren Verlauf hat die Beschäftigung mit den komplexen Problemen bolschewistischer Ordnungen zu immer differenzierteren Modellentwürfen geführt, ohne daß jedoch mit ihrer Hilfe eine zureichende, befriedigende Beschreibung der gesellschaftlichen Vorgänge in der Sowjetunion und in dem nach 1945 entstandenen Satellitensystem erreicht worden wäre. Für den Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Diskussion wie auch für verschiedene hier vernachlässigte Ansatzpunkte der Kritik darf erneut auf die Arbeit von Ludz<sup>5)</sup> verwiesen werden.

Viele der bisherigen Forschungsergebnisse über bolschewistische Systeme, soweit sie sich explizit oder implizit als ein Beitrag zum Problem des Totalitarismus verstehen, enttäuschen vor allem insofern, als sie bei einer oft bewunderungswürdigen Deskription der Details und auch des Systems zu keiner sinnvollen Deutung des bisherigen gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesses und den sich daraus ergebenden zukünftigen

5) A. a. O., Anm. 1, S. 5 f.

Entwicklungstendenzen kommen. Sie geben im allgemeinen nur das Bild eines Zustandes und werden damit der Dynamik eines bolschewistischen Systems, das nicht nur von den Herrschenden manipuliert ist, sondern immer auch eine gesellschaftliche Eigendynamik entfaltet, nicht gerecht. Die verwandten Kategorien werden nicht aus dem sozialen Phänomen „Bolschewistische Gesellschaft“ abgeleitet, sondern einem anderen, Erfahrungszusammenhang entnommen. So nimmt es nicht wunder, daß die Forschung leicht in die Gefahr einer verzerrenden Überbewertung von Einzelphänomenen, einer eigenartigen Personifizierung von Entwicklungstendenzen und innergesellschaftlichen Widersprüchen kommt.

Daneben hat sich aber auch eine andere Art der Sowjetforschung entwickelt. Sie geht von der Grundannahme aus, daß es sich bei den bolschewistischen Systemen um einen ernst zu nehmenden Versuch handelt, eine moderne Industriegesellschaft zu schaffen und diese sinnvoll und auf Dauer zu ordnen. Dabei wird zugegeben, daß zur Erreichung dieses Zieles Wege beschriften und Methoden angewandt werden, die unserer Auffassung von der Würde und dem Wesen des Menschen entgegengesetzt sind. Auch wird nicht geleugnet, daß bolschewistische Gesellschaften voller ungelöster Probleme und sozialer Spannungen sind. Dominierend ist aber der Gesichtspunkt, daß hier eine grundsätzliche neue Ordnung entstanden ist, deren Entwicklungsprozeß nach eigenen, nur aus ihr selbst erklärbaren Gesetzmäßigkeiten verläuft. Zur Analyse der in einer solchen Gesellschaft ablaufenden sozialen und politischen Prozesse reicht also das bisherige Kategoriensystem, wie es die Totalitarismusforschung entwickelt hat, nicht aus. Dieses muß im Gegenteil einer radikalen Überprüfung unterzogen werden.

In diesem Forschungsansatz spiegelt sich auch *der fundamentale Unterschied zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus wider*. Im Gegensatz zum Nationalsozialismus ist der Bolschewismus eine revolutionäre Bewegung, die die Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft will, und zwar nicht, um einer reaktionären, vorkapitalistischen Ordnung Raum zu geben und den technisch-zivilisatorischen Fortschritt gleichsam künstlich hintanzuhalten, sondern im Gegenteil behauptet sie, erst durch eine Sprengung der alten gesellschaftlichen Ordnung den Platz zu schaffen, den der Fortschritt braucht, um sich voll entfalten zu können. Man kann durchaus bezweifeln, ob das bolschewistische System der richtige, der effektivste Weg zu diesem Ziele ist. Die Wirksamkeit dieses Impulses, sowohl bei den Herrschenden wie auch bei den dieser Herrschaft Unterworfenen, kann aber kaum bestritten werden. Der oben gekennzeichnete fundamentale Widerspruch zwischen Herrschaftssystem und gesellschaftlicher Grundstruktur, wie er das nazistische System kennzeichnete, entfällt also hier.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt auch der Terror als konstitutives Moment sowohl des Begriffs Totalitarismus wie auch eines Herrschaftssystems bolschewistischer Prägung einen neuen Aspekt. Es macht zumindest einen Unterschied in der *Funktion* des Terrors, ob er Mittel zur gesellschaftlichen Revolutionierung oder ob er bloßes Mittel der Oppression, der Herrschaftssicherung ist. Durch diese Feststellung wird nicht bestritten, daß er auch die zweite Funktion in einem bolschewistischen System hat.

Wenn es aber richtig ist, daß aus der bolschewistischen Revolution eine neue Gesellschaft entstanden ist, die, bei aller Unvollkommenheit und bei aller Ablehnung ihrer Erscheinungen für die Gestaltung unserer eigenen Ordnung, eigenen Gesetzmäßigkeiten gehorcht, scheint eine Angleichung an die westlichen Formen der Industriegesellschaft, die noch immer auf der Grundlage der privaten Verfügung über den größten Teil der Produktionsmittel und der damit gegebenen ökonomischen und gesellschaftlichen Implikationen beruht, als zumindest noch in weiter Ferne liegend. Die sich aus dem andersartigen, um nicht zu sagen gegensätzlichen Steuerungsmechanismus der Wirtschaft ergebenden Unterschiede im Gesellschaftsaufbau, in der innergesellschaftlichen

Funktionsaufteilung und auch im gesellschaftlichen Wertbewußtsein dürfen in ihrer Relevanz nicht unterschätzt werden.

Es wird im folgenden davon ausgegangen, daß es sich bei den bolschewistischen Gesellschaftssystemen um eine neue Form der Organisation des menschlichen Zusammenlebens handelt, die aus der planmäßigen Vernichtung der vorangegangenen Gesellschaft hervorgegangen ist. Diese neue gesellschaftliche Ordnung gehorcht eigenen Gesetzmäßigkeiten und produziert neue Antagonismen, die mit dem Werkzeug einer von außen kommenden, im Grunde nur systematisierenden, aber nicht verstehenden Totalitarismusforschung nur unzureichend beschrieben werden können.

Gefordert ist dagegen eine Methode der Analyse, die der Eigengesetzlichkeit und Dynamik der bolschewistischen Gesellschaft gerecht wird. Ein solches methodisches Werkzeug ist das von *Ludz* vorgeschlagene „deutende Verstehen“ des bolschewistischen Systems von „innen heraus“, eine Analyse also, die diese Gesellschaft als Totalität zu begreifen sucht. *Ludz* definiert:

*„Totalität des Sowjetsystems bedeutet also ein geschlossenes, historisch-politisch notwendig zu begreifendes und sich nach objektiven Gesetzmäßigkeiten dynamisch entwickelndes Gebilde.“*

*Der Begriff der Totalität scheint inhaltlich bereits präziser bestimmbar zu sein. Er erfaßt eine Gesellschaft, die sich technisch und wirtschaftlich und somit sozialstrukturell schnell den hochindustrialisierten Wirtschaftssystemen des Westens annähert<sup>6)</sup>.“*

In diesen Feststellungen ist ihm zu folgen. Wenn er aber fortfährt und den Begriff der Totalität dahingehend präzisiert, daß diese Gesellschaft tendenziell auf eine Angleichung der Wirtschaftssysteme des Ostens an die des Westens hinzielen, muß auf die bereits mehrfach gemachten Vorbehalte hingewiesen werden. Eine solche Vorfixierung des Zielpunkts der innergesellschaftlichen Dynamik birgt zumindest die Gefahr in sich, die Interpretation der in einer solchen Gesellschaft vorfindbaren Fakten in diese Richtung nahezulegen.

Wichtiger und fruchtbarer erscheint der Versuch, *Verlaufsanalysen* anzustellen, die die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Bolschewisierungsprozesses aufzuspüren suchen. Gelingt die Herausarbeitung solcher Regelmäßigkeiten und ihre Verallgemeinerung, müßte es zugleich erreichbar sein, bestimmte grundlegende Phasen in der Vernichtung der alten Gesellschaftsformation und im Aufbau der bolschewistischen Gesellschaft festzustellen. Dies erscheint vor allem auch deswegen von Bedeutung, weil es so möglich wäre, die immer wieder auftretenden innergesellschaftlichen Friktionen, Spannungen, Umstrukturierungen sowohl auf ihre Relevanz wie auch auf ihren historischen Ort im gesamten gesellschaftspolitischen Umwälzungsprozeß zu bestimmen.

Ein solches *dynamisches Modell*, aus den Erfahrungen der revolutionären Umwandlung in der Sowjetunion gewonnen, würde vor allem für die Deutung der sozialen und politischen Phänomene in den Satellitenstaaten außerordentlich große Dienste leisten können. Das Unbefriedigende an vielen Arbeiten gerade über diese Gebiete hat seine Ursache nicht zuletzt darin, daß die Erfahrungen aus den einzelnen Etappen der Entwicklung in der SU, der je unterschiedliche soziale Gehalt dieser einzelnen Etappen, für die wissenschaftliche Analyse nicht so verallgemeinert worden sind, wie man es bolschewistischerseits als Anleitung für die gesellschaftspolitischen Aktionen macht. Man beschränkt sich in westlichen Analysen häufig auf die Festlegung formaler Abweichungen und Gleichheiten, ohne die Relevanz der gesellschaftlichen Strukturzusammenhänge wirklich in den Griff zu bekommen.

6) A. a. O., Amn. 1, S. 5 f.

Zur Verdeutlichung dessen, was etwa mit einem solchen dynamischen Modell gemeint ist, wird hier der Versuch — nicht mehr — unternommen, einige Merkmale dafür Zusammenzutragen.

Als *Grundkriterium für die Unterscheidung der einzelnen Phasen* des revolutionären Umwandlungsprozesses wird angenommen, daß die auftretenden politischen und damit zugleich gesellschaftlichen Widersprüche entweder in der Auseinandersetzung mit den *Restformationen der vorbolschewistischen Gesellschaft* ihre Wurzel haben oder aber bereits *Ergebnis des neuen sozialen und politischen Strukturzusammenhangs* sind. Je nach Vorwiegen der einen oder anderen Art von Widersprüchen wird man den historischen Ort im Umstrukturierungsprozeß bestimmen müssen.

Die Herausbildung neuer sozialer Funktionszusammenhänge bringt einen Wandel des sozialen Verhaltens mit sich. Es ergibt sich ein Prozeß des Einrichtens, später des Ausrichtens der individuellen Existenz an den neuen sozialen Gegebenheiten.

Es entstehen neue soziale Gruppierungen sowohl funktionaler wie auch prestigemäßiger Art. Hinterherhinkend, aber doch letztlich unaufhaltsam vollzieht sich die Bildung neuer Bewußtseinsinhalte, es ergeben sich neue soziale Ordnungs- und Wertvorstellungen. Dabei handelt es sich nicht einmal so sehr um ein begeistertes Ja zur neuen Gesellschaft, sondern das eigentlich Entscheidende liegt in der Selbstverständlichkeit, in der diese als gegeben angenommen und zum Ausgangspunkt und Zielpunkt aller individuellen Orientierung gemacht wird.

Eine sinnvolle Zueinanderordnung dieser Einzelkriterien auf der Grundlage der verschiedenen nun schon beobachteten gesellschaftlichen Umwälzungen bolschewistischen Typs wie auch der von kommunistischer Seite selbst unternommenen Versuche der Verallgemeinerungen legt die *Aufteilung des Gesamtprozesses in drei Phasen* nahe. Dabei handelt es sich um eine Hilfskonstruktion, die einen im Prinzip ununterbrochen vorangetriebenen revolutionären Prozeß einer künstlichen Einteilung unterwirft. Die Maßstäbe für diese Unterteilung werden nicht den formalen Strukturen entnommen, sondern sollen aus dem jeweiligen gesellschaftlichen Inhalt, wie er in einem bestimmten historischen Moment gegeben ist, gewonnen werden. Ein solches Modell zeigt gleichsam die Nähe oder Ferne von der erstrebten endgültigen Ablösung der vorgefundenen feudalen oder kapitalistischen Ordnung durch eine neue Gesellschaft bolschewistischen Typs auf der Basis einer möglichst hoch entwickelten, planwirtschaftlich verwalteten industriellen Produktion an. In jeder Phase steht damit auch die Frage zur Diskussion, *ob dieser Prozeß noch reversibel* ist oder ob bereits die neuen Eigengesetzlichkeiten vorherrschend sind.

*Erste Phase:* In ihr werden die entscheidenden „Kommandohöhen der Wirtschaft“ (Grundstoff-, Schwerindustrie, Finanz- und Bankwesen) unter die Kontrolle der kommunistischen Partei gebracht. Gleichzeitig wird ein mit dem kleinbürgerlichen Handel konkurrierender staatlicher oder genossenschaftlicher Verteilungsapparat geschaffen. Unter grundsätzlicher Schonung der kleinbürgerlichen Schichten werden diese ökonomisch und gesellschaftlich isoliert. Mit Hilfe einer in der Form und im Inhalt wechselnden Bündnispolitik wird versucht, die innergesellschaftliche Machtbasis durch Interessenkoalitionen zu verbreitern. Die Form der Auseinandersetzung ist die des rücksichtslosen Klassenkampfes, dessen konkrete Erscheinungsformen je nach der Situation wechseln.

Weiteres Kennzeichen der ersten Phase ist die Eroberung des Machtmonopols durch die kommunistische Partei und seine Umsetzung in staatliche und verbandsmäßige Organisation. Die Folge davon ist die Aus- bzw. Gleichschaltung aller autonomen gesellschaftlichen Verbände. Es bildet sich eine der Zahl und der sozialen Bedeutung nach wachsende Funktionärschicht für die staatliche und wirtschaftliche Verwaltung.

Eine tiefgreifende Reform des gesamten Ausbildungssystems schafft einmal neue Formen der sozialen Mobilität und hat zum anderen vor allem die Herausbildung einer



neuen Intelligenz zum Ziel. Dabei wird die alte Intelligenz weitgehend geschont, allerdings bei gesellschaftlicher Isolierung und unter ständiger Kontrolle. Es beginnt ein groß angelegter Versuch, die Gesamtbevölkerung mit Hilfe des Monopols an den publizistischen Massenmedien bewußtseinsmäßig umzuformen. Der Gegensatz zwischen Herrschenden und Beherrschten ist groß, die Anwendung nackten Terrors häufig.

Die Gegensätze und Spannungen resultieren fast völlig aus dem Kampf gegen die alte Gesellschaft. Auch in dem durch die Enteignung der herrschenden Klassen geschaffenen, sehr einflußreichen Sektor der Volkswirtschaft, der die Grundlage zur Formierung des neuen Gesellschaftssystems ist, stehen die Auseinandersetzungen noch ganz im Zeichen dieses Kampfes. Hier ist es besonders die Ausschaltung aller autonomen Gruppierungen der Arbeiterschaft, nämlich der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der anderen Organisationen, die das Bild der Auseinandersetzung bestimmen. Erst in Ansätzen, etwa bei der Einführung neuer Formen des Wirtschaftens (sozialistischer Wettbewerb, Aktivistenvbewegung), zeichnen sich die Umrissse von Antagonien ab, die der neuen Gesellschaft zuzurechnen sind.

Der eingeleitete revolutionäre Umwandlungsprozeß erscheint, die Vernichtung des politischen Systems vorausgesetzt, *in dieser Phase grundsätzlich revidierbar*. Die Orientierung fast aller gesellschaftlichen Schichten erfolgt noch an den Normen und Leitbildern der alten Gesellschaft.

*Zweite Phase:* In ihr werden auch die kleinbürgerlichen Schichten endgültig aus ihrem früheren ökonomischen und damit auch sozialen Status herausgelöst. Die Arbeitsteilung und der kollektive Arbeitsvollzug werden sowohl auf das Handwerk wie auf den Handel ausgedehnt. Die entscheidende Maßnahme im gesamten Revolutionsprozeß ist allerdings die Vernichtung des Bauerntums. Damit ist die ökonomisch und bewußtseinsmäßig widerstandsfähigste Gruppe ausgeschaltet worden. An die Stelle des Kleinbürgertums und der Bauernschaft treten neue, hierarchisch und funktional gegliederte Schichten. So wird aus dem Bauern: der Tierzüchter, der Agronom, der Feldbau-Brigadier, der Schweinemeister, der Hauptbuchhalter, der Genossenschaftsvorsitzende usw. Ähnliches gilt für die übrigen kleinbürgerlichen Schichten. Bewußt wird auf die Darstellung dieses Vorganges der Differenzierung soviel Wert gelegt, weil an ihm am besten zu beobachten ist, daß mit dem Gelingen der Revolution auf dem Lande und der definitiven Vernichtung des städtischen Kleinbürgertums — darüber entscheiden die Jahre nach der formalen Liquidierung dieser sozialen Schichten — eine endgültige Entscheidung gefallen ist. Der „Aufbau des Sozialismus“ ist damit abgeschlossen, d. h. die gesellschaftliche Umwälzung ist *nicht mehr rückgängig* zu machen.

Bei einer solchen Beurteilung ist zu berücksichtigen, daß zur gleichen Zeit der Aufbau des planwirtschaftlichen Systems bis hinein in die Verwaltungen der Betriebe wie auch der Ausbau des Staats- und Organisationsapparates zu einem ersten Abschluß gekommen ist. Dadurch ist eine breite Schicht von Angestellten geschaffen worden, für deren konkrete Funktionen und damit auch Fertigkeiten es in einem kapitalistischen System keine Verwendung gibt.

Die neue Intelligenz, ebenfalls schon für die Übernahme von Aufgaben in einem bolschewistischen System geschult, beginnt die alte bürgerliche Intelligenz zu ersetzen. Die gesellschaftlichen Widersprüche sind zum Teil noch dem Vernichtungskampf gegen die Reste der alten Gesellschaftsordnung zuzurechnen. Sie stammen aber zum Teil auch schon aus einem weitgehend entfalteten System der neuen bolschewistischen Ordnung. Hierher gehören etwa Bürokratisierungstendenzen, Versagen in der Planungsmethodik usw. Aber auch die sich in den Betrieben der verstaatlichten Industrie zeigenden Antagonismen zwischen der geforderten schöpferischen Initiative der Werktätigen und der

gleichfalls verlangten Planmäßigkeit und Organisiertheit aller sozialen Aktionen spiegeln bereits die Problematik der neuen Ordnung wider.

Das Bewußtsein der Bevölkerung orientiert sich noch weitgehend an den Normen der alten Gesellschaft, aber es beginnt zur gleichen Zeit das Einrichten in den neuen Strukturen. Die neuen Formen der gesellschaftlichen Mobilität und die geschilderte Herausbildung von Schichten, die durch die Funktion an das System gebunden sind, insbesondere die Schicht der Angestellten, stabilisieren die Gesellschaft und forcieren die Entstehung eines „Neuen Bewußtseins“.

Alle sozialen Beziehungen, auch die nicht primär ökonomischer Art, erfahren eine Umformung und Umwertung wie auch eine Neuordnung. Das gilt für den Bereich der Intimsphäre wie für den der Kultur. Das auffallendste Phänomen dieses Prozesses ist die Verknüpfung aller sozialen Verhältnisse mit der Sphäre der Produktion, ein Prozeß, der zwar in dieser Phase beginnt, sich aber auch in der dritten Phase fortsetzt.

Während die Beseitigung der Reste der alten Gesellschaft unter dem Einsatz aller jeweils opportun erscheinenden Mittel willkürlich, terroristisch erfolgt, bilden sich daneben Formen neuer Gesetzlichkeit. Das auf Rationalität ausgerichtete Prinzip der Planwirtschaft und eine auf ihrer Grundlage beruhende Gesellschaft erzwingen die Festsetzung gewisser rechtlicher Normen. Daneben darf auch nicht außer acht bleiben, daß jede Gesellschaft Moralnormen zu ihrem Funktionieren benötigt, die ebenfalls Inhalt und Form gesetzlicher Bestimmungen ausmachen. Sicher ist diese Gesetzlichkeit, da das Macht- und Führungsmonopol der kommunistischen Partei konstitutives Merkmal bolschewistischer Gesellschaft ist, fragil. Es ist nicht zu leugnen, daß es in einer solchen Herrschaftsordnung, auch in der dritten Phase, eine latente Tendenz zur Willkür gibt. Die durch die Ideologie bedingte und gerechtfertigte historische Relativierung aller Rechtsnormen gibt der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ zusätzlich ein Moment des Pragmatismus. Trotz all dieser zu machenden Einschränkungen wird man dem Problem der Gesetzlichkeit in einer bolschewistischen Ordnung nicht gerecht, mißt man ausschließlich mit den Maßstäben des bürgerlichen Rechtsstaates. Es bedarf vielmehr einer Interpretation aus dem Selbstverständnis einer solchen Gesellschaft und aus den in dieser Gesellschaft gegebenen soziologischen, ökonomischen und politischen Beziehungen. Das Typische der zweiten Phase kann also dahingehend zusammengefaßt werden, daß sich in ihr das Schicksal der Revolution zumindest insoweit entscheidet, als es nach ihrem erfolgreichen Durchlaufen ein Zurück zur vorangegangenen gesellschaftlichen Formation kaum noch gibt. Auch die Übernahme eines kapitalistischen Systems gleichsam auf einer höheren Entwicklungsstufe bleibt ausgeschlossen, ja, in gewisser Weise, als dem Betroffenen kaum noch zumutbar; eine kapitalistische Umbildung der Gesellschaft würde erneut einen sehr schmerzvollen Umerziehungsprozeß mit starker sozialer Mobilität notwendig machen.

*Dritte Phase:* Die Gesellschaft bolschewistischen Typs hat sich definitiv herausgebildet. Die Antagonismen und ihre Dynamik ergeben sich ausschließlich aus den neuen ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen. Es hat sich ein eigenes System der Moral entwickelt. Die Mitglieder der Gesellschaft richten sich in ihrem Verhalten an den sozialen Gegebenheiten aus und versuchen, sich in ihnen zu entfalten und zu verwirklichen. Weder die vorbolschewistischen, noch die bestehenden kapitalistischen Gesellschaften, noch die diesen zugeordneten Wertvorstellungen sind für das tägliche Verhalten des einzelnen in einer bolschewistischen Gesellschaft wirksame Alternative. Unzufriedenheiten, soziale Spannungen zielen auf eine Verbesserung, Vervollkommnung der bestehenden, nicht auf die frühere bzw. eine kapitalistische Ordnung oder führen individuell zur Resignation.

Diese Grundeinstellung ändert sich auch nicht durch das Moment des Konkurrenzkampfes zwischen den verschiedenen Gesellschaftssystemen um die höchste Effektivität, den höchsten Grad ökonomischer Produktivität.

## VI

Dieser Versuch, den Gesamtprozeß in drei Phasen zu unterteilen, ist selbstverständlich kein starres Schema, noch ist die Aufzählung der Merkmale vollständig. Er bezweckt vor allem, gewisse „historische Orte“ zu fixieren, Wendepunkte im Verlauf der Herausbildung der neuen Gesellschaft festzulegen. Damit wird einmal angestrebt, durch das Weiterverfolgen der in einer solchen Analyse gewonnenen Einblicke in die Tendenzen einer bolschewistischen Gesellschaft, gewissermaßen durch deren augenblicklichen Zustand hindurch, fundiertere Prognosen für die Zukunft aufzustellen als es heute bei der Verwendung des Totalitarismus-Schemas möglich ist. Zum anderen gibt ein solches dynamisches Modell eine Grundlage, von der aus „Altes“ von „Neuem“ zu unterscheiden möglich erscheint. Verbindendes Moment und *Voraussetzung* für die Stimmigkeit des Modells ist die Annahme, daß der Gesamtprozeß auf eine *funktionierende Gesellschaft abzielt*.

Das Abstellen auf den jeweiligen gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Inhalt in der einzelnen Entwicklungsphase ermöglicht leicht die Berücksichtigung von nationalen und geographischen Besonderheiten, ja macht diese erst in ihrer Relevanz sichtbar.

Die Gefahren, die in der vorgeschlagenen Betrachtungsweise liegen, sind vor allem darin zu sehen, daß in den Entwicklungsprozeß eine Zwangsläufigkeit hineininterpretiert wird, die diesem nicht notwendig innewohnt. Das Moment der Willkür in der gesellschaftspolitischen Entscheidung, wie auch die Frage nach Verfallserscheinungen drohen vernachlässigt zu werden. Dieser Einwand ist durchaus ernst zu nehmen. Ihm ist aber entgegenzuhalten, daß nach der heutigen weltpolitischen Lage den Entwicklungsverläufen in den Satellitenländern tatsächlich gewisse Zwangsläufigkeiten innewohnen, die durchaus sichtbar gemacht zu werden verdienen. Die bisher entworfenen Modelle totalitärer Herrschaft sind kaum in der Lage, die Dynamik und die Tendenzen solcher Gesellschaften zutreffend darzustellen. Es scheint mir gerade der Vorteil einer aus der Totalität der Gesellschaft heraus interpretierenden Betrachtungsweise zu sein, daß sie zu einer zutreffenderen Gewichtung kommen kann, als es mit Hilfe eines von außen herangezogenen Modellbegriffs der Fall ist, in den sehr verschiedene Erfahrungen unterschiedlicher Gesellschaftsformationen eingegangen sind.

Der Einwand darf aber auch aus einem anderen Grunde nicht leichtgenommen werden, weil die Zwangsläufigkeit des Umwandlungsprozesses zu einer bolschewistischen Gesellschaft diesen politisch-moralisch zu rechtfertigen scheint. Das ist nicht notwendig der Fall. Es ist gerade ein Vorteil, daß die Totalitätsanalyse weitgehend von eigenen Wertvorstellungen absieht und so den Bereich des moralischen Urteils deutlich absteckt. Sie gibt damit zugleich einen fruchtbaren Anstoß, das Verhältnis von Politik und Moral und das von Moral und Gesellschaft erneut zu durchdenken. An diesen Überlegungen zeigt sich aber auch, daß der Begriff des Totalitarismus zu einem nicht unbeträchtlichen Teil eine moralische Kategorie darstellt.

## VII

Wie bereits angedeutet, wird die Fruchtbarkeit der oben versuchten Einteilung des Umwandlungsprozesses nicht zuletzt in ihrer Anwendung als analytisches Instrument auf die Untersuchung der Vorgänge in den Satellitenländern gesehen. Bei einem solchen Vorgehen ergibt sich, daß die bolschewistischen Systeme in diesen Ländern die erste Phase verlassen haben und in die entscheidende zweite Phase mit ihrem eigenartigen Doppelcharakter eingetreten sind. Eine Ausnahme macht die CSR, die den Abbau der alten und den Aufbau der neuen Gesellschaft am weitesten vorangetrieben hat und wohl Merkmale der dritten Phase aufweist.

Eine solche Interpretation der gesellschaftlichen Situation in den im Machtbereich der SU befindlichen Ländern muß grundsätzlich, wenn sie sich überhaupt bewährt, auch auf die gesellschaftliche und politische Lage in Mitteldeutschland anwendbar sein.

In der Tat scheint dort die gesellschaftspolitische Umwandlung in ihr entscheidendes Stadium getreten zu sein. Es ist im Rahmen dieses allgemeinen Diskussionsbeitrages nicht mehr als eine andeutende Skizze zu zeichnen. Dabei wird nicht die Absicht verfolgt, ein getreues Bild der gesellschaftlichen Situation auch nur zu versuchen, sondern es soll deutlich gemacht werden, zu welchen politischen Konsequenzen die Ergebnisse einer solchen Betrachtungsweise führen.

Die Liquidierung des selbständigen Bauernstandes hat die letzte kompakte Formation der vorbolschewistischen Gesellschaft in Mitteldeutschland zerschlagen. An ihre Stelle tritt eine neue hierarchische und arbeitsteilige differenzierte soziale Gruppierung, eine neue Form des Dorfes. Die alte Intelligenz wird immer stärker von einer dem Herkommen und den Fertigkeiten nach neuen Intelligenz abgelöst. Der Ausbau des planwirtschaftlichen und politischen Systems hat eine Fülle neuer Funktionen geschaffen, alte in ihren Tätigkeitsmerkmalen entscheidend umgeformt, so daß eine neue Funktionärs- und Angestelltenschicht entstanden ist.

Der Aufstieg vieler Produktionsarbeiter in Angestelltenpositionen hat weiter dazu beigetragen, dieser sozialen Schicht ein neues Gesicht zu geben. Es scheint, daß gerade diese zahlenmäßig bedeutende und in ihrer Placierung im Sozialgefüge wichtige Gruppe durch ihre Funktionalisierung auf das neue System hin die bisher am stärksten umgeformte und damit am besten integrierte Gruppe darstellt. So kommt die Angestelltenuntersuchung des Infratest-Instituts zum Ergebnis:

*„Der Umbau der Gesellschaft selbst scheint aber gelungen zu sein. Wenn auch in der Arbeiterschaft beider Teilgebiete Deutschlands nennenswerte und prinzipielle Unterschiede nicht festzustellen waren, so erweisen sich die Gruppen der Angestellten in der SBZ als ein Bevölkerungsteil, der mit den Angestellten in der Bundesrepublik wahrscheinlich nicht viel mehr als den Namen und einige durch die ähnlichen Funktionen bedingte Parallelen gemeinsam hat. Von einer ‚deutschen Angestelltenschaft‘ kann kaum mehr gesprochen werden, nachdem zwei Drittel der Angestellten in der SBZ noch vor reichlich zehn Jahren einen anderen Beruf, davon etwa die Hälfte einen Arbeiterberuf, ausgeübt haben.*

*Hier scheint eine neue Gesellschaft von hoher Mobilität entstanden zu sein. Man sollte darum dort nicht mehr von einer ‚Angestelltenschaft‘ sprechen, sondern vielmehr von ‚Gruppen von Angestellten‘, wobei eine Zweiteilung wahrscheinlich am treffendsten die Wirklichkeit erfaßt<sup>7)</sup>.“*

Zu dem gleichen Ergebnis kommt *Ernst Kichert*, der schreibt, daß „die Angestellten als größtenteils dem Regime gegenüber loyalisiert anzusehen“ seien<sup>8)</sup>.

Am wenigsten in ihren Leistungsfunktionen im Arbeitsprozeß vom politischen System bestimmt sind die Arbeiter und die technische Intelligenz. Die ihnen in der Produktion zugewiesenen Aufgaben weichen kaum von denen ab, die in allen Industriegesellschaften üblich sind. Die technische Intelligenz wird einmal durch Privilegien, zum anderen aber auch durch die dem technischen Denken entgegenkommende prinzipielle Rationalität des Planungssystems und die sich in ihm für den Techniker häufig bietenden großräumigen Aufgabenstellungen verlockt, ihren Frieden mit der neuen Gesellschaftsordnung zu schließen. Das Zurücktreten der politischen Indoktrination hinter die ökonomische Effektivität hat dazu beigetragen, der technischen Intelligenz das „Sich-Einrich-

7) „Angestellte in der Sowjetzone Deutschlands. Verhaltensweisen und gesellschaftliche Einordnung der mitteldeutschen Angestellten“. Herausg. vom Infratest-Institut, München-Hamburg, Mai 1958.

8) Ernst Kichert: Zur Frage der Konsolidierung des Regimes in der DDR. In: Die neue Gesellschaft, 7. Jahrg., 3. Heft, Mai/Juni 1960, S. 220.

ten“ zu erleichtern. „Züge positiver Staatsbejahung, die durchaus nicht selten gekoppelt sind mit einer Ablehnung des Bolschewismus als solchem, sind zu verzeichnen“, formuliert Richert<sup>9)</sup>.

Die innerbetrieblichen Gegensätze zwischen Arbeiterschaft auf der einen und Betriebsleitung, Partei und Gewerkschaftsbürokratie auf der anderen Seite sind immer weniger an „alten“ Formen der sozialen Auseinandersetzungen orientiert. Vielmehr sind es die neuen innerbetrieblichen Verhältnisse, die diesen Gegensatz bestimmen. Die etwa kürzlich von *Ulbricht* verworfenen syndikalistischen Tendenzen in der Entwicklung der sozialistischen Arbeitsbrigaden müssen hier eingeordnet werden. Es waren gerade parteiergebene Arbeiter, die diese Wettbewerbsbewegung ernst nahmen und die, um diese zum Erfolg zu führen, spontan zur Übernahme gewisser wirtschaftlicher Leitungsfunktionen im Betrieb drängten. Mit dieser Aktivität drohten sie, die für die Kanalisierung der von den Arbeitern ausgehenden Impulse geschaffenen organisatorischen Formen im Rahmen des FDGB zu verlassen und über sie hinauszugehen<sup>10)</sup>.

Der sich hier demonstrierende Gegensatz zwischen der auf der einen Seite geforderten Aktivität und Teilnahme der Arbeiter und dem Versuch, diese Teilnahme in bürokratisch kontrollierbare Formen zu zwingen, gehört zu den Widersprüchen, die besonders in der dritten Phase deutlich als Grundschwächen der neuen bolschewistischen Gesellschaft in Erscheinung treten.

Diese immer wieder auftauchenden Schwierigkeiten dürfen aber nicht dahingehend interpretiert werden, daß die Arbeiterschaft insgesamt dem System gegenüber eine ablehnende Haltung einnimmt. Bereits die 1956 vom Infratest-Institut vorgenommene Untersuchung<sup>11)</sup> vermittelt den Eindruck, daß die Arbeiterschaft sich in das neue System einzufügen begann. Das gilt besonders für bestimmte Formen der innerbetrieblichen Organisation (Brigadenarbeit, Produktionsberatungen usw.), die schon damals eine grundsätzlich positive Resonanz gefunden hatten.

Weiter ist eine starke Differenzierung, ja man kann sagen Hierarchisierung der Arbeiterschaft zu beobachten, die nicht nur durch den Aufbau des Lohn- und Prämiensystems zu erklären ist. Zu dieser Entwicklung hat ein stark ausgebautes Auszeichnungssystem beigetragen, wie auch der Ausbau des Fachschulwesens und eines „2. und 3. Bildungsweges“. Durch diese Reform des Ausbildungswesens, die praktisch dem Arbeiter während der ganzen Zeit seiner Berufstätigkeit eine Weiterbildung ermöglicht, ist eine starke Zwischengruppe zwischen Facharbeiterschaft und akademisch ausgebildeter Intelligenz im Werden.

In der hier angedeuteten Differenzierung und Hierarchisierung der Arbeiterschaft ist einmal ein Moment der Integration in das neue Gesellschaftssystem zu sehen, zum anderen ergeben sich daraus neue Spannungen zwischen privilegierten und unprivilegierten Gruppen. Diese drohen die angestrebte Schaffung einer die Produktionsleistung steigenden Konkurrenz in ihr Gegenteil zu verkehren.

Zur richtigen Wertung der Relevanz des „Neuen“ in der DDR muß bedacht werden, daß sich die gesellschaftspolitische Umwälzung unter besonders erschwerenden Umständen vollzieht. Einmal handelt es sich bei der mitteldeutschen Gesellschaft um ein willkürlich herausgerissenes Teilstück aus einer nationalen Gesamtgesellschaft. Im Gegensatz zu anderen Satellitenstaaten ist die DDR keine — hier durchaus im Wortsinn zu verstehen — geschlossene Gesellschaft. Eine, wenn auch mit vielen Hindernissen, Opfern und Risiken verbundene, aber auch wiederum verlockende Alternative bleibt den Mit-

9) Ebenda.

10) Vgl. Annemarie Zimmermann: Ulbrichts Sorgen mit den „syndikalistischen Tendenzen“. In: *Der Mitarbeiter in der Gewerkschaft Holz*, 7. Jahrg., Nr. 9, September 1960, S. 210 ff.

11) „Arbeiterschaft in der volkseigenen Industrie der SBZ“. Herausg. vom Infratest-Institut, München-Hamburg 1956 (Teil I-III).

teldeutschen: die Flucht in den Westen. Die Gegenpropaganda von westlicher Seite, die Möglichkeit, die eigene Situation mit einer nach gänzlich anderen Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien aufgebauten Gesellschaft zu vergleichen, wirkt der erstrebten Bildung eines eigenen DDR-Staatsbewußtseins entgegen.

Diese nur andeutende Skizzierung des gegenwärtigen Standes des sozialen Umgestaltungsprozesses in der DDR müßte ergänzt werden durch eine Darstellung, wie auch die nicht primär ökonomisch bestimmten sozialen Beziehungen in immer stärkerem Maße umgeformt und in neue gesellschaftliche Zusammenhänge gestellt werden. Immerhin mögen diese Bemerkungen genügen, um zu zeigen, daß die Entwicklung in Mitteldeutschland schon viel weiter fortgeschritten ist, als man im Westen gemeinhin erkennt.

Den tatsächlichen Stand, den der revolutionäre Umwandlungsprozeß bereits erreicht hat, kann erst eine umfassende Analyse der Totalität „DDR-Gesellschaft“ zutage fördern. Die hier vorgebrachten wenigen Ausschnitte sollen nur andeuten, welche Ergebnisse sehr wahrscheinlicherweise dabei zu erwarten sein werden. Es steht zu fürchten, daß durch sie sehr viele Illusionen über die Möglichkeiten der Wiedervereinigung zerstört werden. Immer dringlicher fordert die Frage, wie man die gesellschaftspolitische Problematik der Vereinigung zweier so grundverschiedener Systeme lösen will, eine Antwort. Die Diskussion der außenpolitischen Voraussetzungen hat bisher immer wieder von ihrer Beantwortung abgelenkt.

Die Begegnung mit einer Teilanalyse über den mitteldeutschen Staatsapparat — die angewandte Methode entspricht etwa der hier geforderten — hat einen so gut informierten Rezensenten wie *H. G. von Studnitz* zu der Bemerkung veranlaßt:

*Die „wissenschaftlich trockene Darlegung der Verhältnisse erweist sich bei näherem Studium als Ausflug in eine hierzulande fast unbekannte Welt. Sie vermittelt beklemmende, um nicht zu sagen grauenerregende Eindrücke und läßt keinen Zweifel darüber, daß die Wiedervereinigung, wenn überhaupt, nur durch einen politischen Erdrutsch vollzogen werden kann, niemals aber durch eine Verwaltungsangleichung im Sinne etwa der Empfehlungen des deutschen Forschungsbeirats“<sup>12)</sup>.*

Der Weg zu einer realistischen Beurteilung nicht nur der deutschen Frage, sondern der Verhältnisse in bolschewistischen Systemen überhaupt, führt notwendig über eine bessere, verstehende Kenntnis der ihnen immanenten politischen und sozialen Vorgänge. Mit den beigebrachten kritischen Bemerkungen gegen die bisherige Totalitarismusforschung und dem Eintreten für eine dynamische Analyse der Totalität „Bolschewistische Gesellschaft“ soll mitgeholfen werden, die Voraussetzungen dafür zu schärfen.

12) H. G. von Studnitz: Die Sowjetzone. In: Außenpolitik, 11. Jg., Heft 8/1960, S. 556; v. Studnitz bespricht hier das Buch von Ernst Richert: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Band 11 der Schriftenreihe des Instituts f. Pol. Wiss. an der Freien Universität Berlin. Köln-Opladen 1958.

## HANS KATZER

*Die Ausgestaltung der Bundesrepublik zum sozialen Rechtsstaat ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Die Anziehungskraft unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung muß so stark sein, daß am Tage der freien Entscheidung die übergroße Mehrheit unseres Volkes sich zu unserer Ordnung bekennt, denn sie gründet sich auf Freiheit und Gerechtigkeit.*

Aus dem Rechenschaftsbericht auf der 9. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Königswinter, 25. 2. 1961.